

Niederschrift

Gremium	Sitzung - FG/048(IV)/06			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Finanz- und Grundstücksausschuss	Mittwoch, 27.09.2006	Altes Rathaus, Hansesaal	17:00Uhr	20:35Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 1.1 Bestätigung der Tagesordnung
- 1.2 Genehmigung der Niederschrift

- 3 Beschlussvorlagen und Informationen**
- 3.1 Errichtung einer Denkfabrik - Bestätigung der HU-Bau
Vorlage: DS0327/06
- 3.2 Teilrückbau Silogebäude Denkfabrik
Vorlage: DS0334/06
BE: FB 62; 17:30 Uhr
- 3.3 Abwägung in der Bauleitplanung
Vorlage: I0194/06

6 **Beschlussvorlagen**

- 6.1 Regelung zur leistungsabhängigen Anschlussfähigkeit für Absolventen der Berufsausbildung/Laufbahnbewerber/-innen des mittleren allgemeinen nichttechnischen Verwaltungsdienstes und Bereitstellung betrieblicher Ausbildungsplätze ab 2007 in der Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: DS0326/06
BE: FB 01; 18:05 Uhr
- 6.2 Priorisierung Investitionsplanung -Tageseinrichtungen für Kinder
Vorlage: DS0274/06
BE: BG V; V/02; 18:10 Uhr
- 6.3 Neufassung der Eigenbetriebssatzung "Städtische Seniorenwohnanlage und Pflegeheime" vom 08. Dezember 1998 (Amtsblatt 88/1998) in der Fassung der 1. Änderungssatzung vom 06. Juni 2000 (Amtsblatt 67/2000) sowie der 2. Änderungssatzung vom 27. Dezember 2001 (Amtsblatt 162/2001)
Vorlage: DS0287/06
BE: SSW; 18:25 Uhr
- 6.4 Jahresabschluss 2005 der Magdeburger Hafen GmbH (MHG)
Vorlage: DS0314/06
BE: FB 02; 18:40 Uhr
- 6.5 Magdeburger Verkehrsbetriebe GmbH
Jahresabschluss zum 31.12.2005
Vorlage: DS0317/06
- 6.6 Zukünftige strategische Ausrichtung und Weiterentwicklung des Zoologischen Gartens Magdeburg und damit verbundene Überführung in die Zoologischer Garten Magdeburg GmbH (ZGM) unter gesellschaftsrechtlicher und finanzieller Mitbeteiligung des regionalen Umlandes.
Vorlage: DS0277/06
- 6.6.1 Zukünftige strategische Ausrichtung und Weiterentwicklung des Zoologischen Gartens Magdeburg und damit verbundene Überführung in die Zoologischer Garten Magdeburg GmbH (ZGM) unter gesellschaftsrechtlicher und finanzieller Mitbeteiligung des regionalen Umlandes.
Vorlage: DS0277/06/1
- 6.6.2 Zukünftige strategische Ausrichtung und Weiterentwicklung des Zoologischen Gartens Magdeburg und damit verbundene Überführung in die Zoologischer Garten Magdeburg GmbH (ZGM) unter gesellschaftsrechtlicher und finanzieller Mitbeteiligung des regionalen Umlandes.
Vorlage: DS0277/06/2

- 6.6.3 Zukünftige strategische Ausrichtung und Weiterentwicklung des Zoologischen Gartens Magdeburg und damit verbundene Überführung in die Zoologischer Garten Magdeburg GmbH (ZGM) unter gesellschaftsrechtlicher und finanzieller Mitbeteiligung des regionalen Umlandes.
Vorlage: DS0277/06/3
- 6.6.4 Zukünftige strategische Ausrichtung und Weiterentwicklung des Zoologischen Gartens Magdeburg und damit verbundene Überführung in die Zoologischer Garten Magdeburg GmbH (ZGM) unter gesellschaftsrechtlicher und finanzieller Mitbeteiligung des regionalen Umlandes.
Vorlage: DS0277/06/4
- 6.6.5 Zukünftige strategische Ausrichtung und Weiterentwicklung des Zoologischen Gartens Magdeburg und damit verbundene Überführung in die Zoologischer Garten Magdeburg GmbH (ZGM) unter gesellschaftsrechtlicher und finanzieller Mitbeteiligung des regionalen Umlandes.
Vorlage: DS0277/06/5
- 6.6.6 Zukünftige strategische Ausrichtung und Weiterentwicklung des Zoologischen Gartens Magdeburg und damit verbundene Überführung in die Zoologischer Garten Magdeburg GmbH (ZGM) unter gesellschaftsrechtlicher und finanzieller Mitbeteiligung des regionalen Umlandes.
Vorlage: DS0277/06/6
- 6.6.7 Zukünftige strategische Ausrichtung und Weiterentwicklung des Zoologischen Gartens Magdeburg und damit verbundene Überführung in die Zoologischer Garten Magdeburg GmbH (ZGM) unter gesellschaftsrechtlicher und finanzieller Mitbeteiligung des regionalen Umlandes.
Vorlage: DS0277/06/7
- 6.6.8 Zukünftige strategische Ausrichtung und Weiterentwicklung des Zoologischen Gartens Magdeburg und damit verbundene Überführung in die Zoologischer Garten Magdeburg GmbH (ZGM) unter gesellschaftsrechtlicher und finanzieller Mitbeteiligung des regionalen Umlandes.
Vorlage: DS0277/06/8
BE: ZOO; 18:55 Uhr
- 6.7 Bildung des Eigenbetriebes "theater magdeburg"
Vorlage: DS0283/06
BE: FB 04; 19:10 Uhr
- 6.8 Bildung des Eigenbetriebes "Puppentheater der Stadt Magdeburg"
Vorlage: DS0279/06
- 6.8.1 Bildung des Eigenbetriebes "Puppentheater der Stadt Magdeburg"
Vorlage: DS0279/06/1
BE: Amt 49; 19:25 Uhr
- 6.9 Bildung des Eigenbetriebes "Kommunales Gebäudemanagement"
Vorlage: DS0241/06
BE: FB 03; 19:40 Uhr

- 6.10 Sonstiges - weitere Verfahrensweise zu "Sanierung und Umbau der Stadthalle"

7 Anträge

- 7.1 Beteiligung von Bürgern an der Haushaltsplanung
Vorlage: A0088/06
- 7.1.1 Beteiligung von Bürgern an der Haushaltsplanung
- 7.1.2 Beteiligung von Bürgern an der Haushaltsplanung
Vorlage: S0130/06
BE: FB 02; 20:00 Uhr
- 7.2 Verschiedenes
- 7.2.1 Nochmalige Abstimmung zum Ablauf der Erarbeitung des Haushaltsplanes 2007 I0105/06

Anwesend:

Vorsitzende/r

Stadtrat Hans-Dieter Bromberg

Mitglieder des Gremiums

Stadträtin Karin Meinecke

Stadtrat Holger Franke

Stadtrat Walter Meinecke

Stadtrat Gunter Schindehütte

Stadtrat Hilmar Schoenberner

Stadtrat Reinhard Stern

Stadtrat Alfred Westphal

Vertreter

Stadtrat Rainer Löhr

Vertreter für Frau Wübbenhorst

Geschäftsführung

Frau Michaela Paetsch

Mitglieder des Gremiums

Stadträtin Beate Wübbenhorst

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Zu Beginn der Sitzung sind 9 Stadträte anwesend. Stadträtin Wübbenhorst wird von Herrn Löhr vertreten. Herr Bromberg eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Den Stadträten wird zu TOP 5.8, wie im Verwaltungsausschuss gefordert, eine Eröffnungsbilanz des Puppentheaters als Tischvorlage ausgereicht.

1.1. Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung lag den Stadträten rechtzeitig vor. Bezüglich der DS0277/06 in TOP 5.6 sind drei weitere Änderungsanträge ausgereicht worden.

Der TO wird mit 9 – 0 – 0 zugestimmt.

1.2. Genehmigung der Niederschrift

Die Stadträte bitten darum, dass Frau Bröcker nochmals persönlich zur nächsten FG-Sitzung eingeladen wird, um eine Klärung bezüglich der offenen Fragestellungen zur Standortplanung der Kindertageseinrichtungen zu erzielen..

Die vom FB62 abgeforderte Kostenaufstellung für den Kreisverkehr wurde der Niederschrift vom 13. 09. 2006 beigelegt. Diese wurde im Rahmen der heutigen FG-Sitzung verteilt.

Die Niederschrift vom 30.08.2006 wird mit 7 – 0 – 2 bestätigt.

3. Beschlussvorlagen und Informationen

Herr Bromberg unterrichtet die Vertreter der KGE kurz über das Ergebnis der Abstimmung zur DS0361/06.

3.1. Errichtung einer Denkfabrik - Bestätigung der HU-Bau Vorlage: DS0327/06

Herr Dr. Scheidemann bittet darum, dass die DS0327/06 vor der DS0334/06 behandelt wird, da man bereits jetzt mit den Ausschreibungen beginnen möchte. In diesem Zuge reicht er den Stadträten ein Austauschblatt zur DS0327/06, mit den im StBV besprochenen Einsparmöglichkeiten, aus.

Herr Schindehütte merkt an, dass er die Zuständigkeit des FG für die Behandlung der DS0334/06 nochmals kritisch hinterfragen wird.

Da es dem FB62 hauptsächlich um einen möglichen Zeitgewinn geht, kann **Herr Westphal** die Erläuterungen des FB62 nachvollziehen, er empfiehlt jedoch, dass die Abstimmung zur DS0334/06 unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Stadtrates zur DS0327/06 erfolgt.

Herr Stern ist der Auffassung, dass mit der Ausschreibung, von der Herr Dr. Scheidemann gesprochen hat, ohnehin schon begonnen werden kann.

Herr Westphal bittet um Auskunft, wer für die Ausschreibung zuständig ist.

Laut Aussage von **Herrn Dr. Scheidemann** ist dafür der Entwicklungsträger verantwortlich.

Herr Bartsch macht ergänzend zu den Ausführungen von Herrn Dr. Scheidemann darauf aufmerksam, dass die Förderperiode im Jahr 2008 abläuft und man somit vor einem zeitlichen Problem steht.

Herr Meinecke ist der Auffassung, dass das Abstimmungsergebnis des FG zum Teil das Abstimmungsverhalten des Stadtrates widerspiegeln wird.

Herr Stern erläutert, dass im StBV die einzelnen Maßnahmen, mit der Prämisse weitere Kosteneinsparungen zu erzielen, bereits umfassend diskutiert worden sind. Die im StBV besprochenen Einsparmöglichkeiten führten dazu, dass der Umfang des Gesamtvorhabens auf rund 9,5 Mio. EUR reduziert werden konnte. Dies wurde im StBV einstimmig mit 7 – 0 – 0 akzeptiert.

Herr Meinecke merkt kritisch an, dass er einige Punkte der im StBV gestrichenen Maßnahmen nicht nachvollziehen kann.

Im Anschluss an die Diskussion stellt **Herr Bromberg** die Drucksache zur Abstimmung.

Die Drucksache wird dem Stadtrat mit 9 – 0 – 0 zur Beschlussfassung empfohlen.

3.2. Teilrückbau Silogebäude Denkfabrik
Vorlage: DS0334/06

Herr Schindehütte verlässt die Sitzung um 17:35 Uhr kurzzeitig.

Herr Dr. Scheidemann erläutert, dass es bei einem jetzt beginnenden Teilrückbau des Silogebäudes zu keiner Beschädigung der anderen Bausubstanz kommen wird, so dass eine Vermarktung auch bei einer Ablehnung der DS0327/06 im Stadtrat weiterhin ohne Probleme möglich ist.

Nach kurzer Diskussion wird die Drucksache mit 6 – 0 – 2 beschlossen.

Beschluss FG084-048(IV)06:

Der Lenkungsausschuss stimmt zu, dass mit dem Teilrückbau des Silogebäudes der künftigen Denkfabrik schon vor dem Beschluss über die HU-Bau begonnen werden kann, um den fristgerechten Einsatz der Fördermittel zu gewährleisten.

3.3. Abwägung in der Bauleitplanung
Vorlage: I0194/06

Herr Schindehütte erscheint um 17:45 Uhr wieder zur Sitzung.

Die Information wird von den Stadträten ohne weitere Diskussion zur Kenntnis genommen.

6. Beschlussvorlagen

- 6.1. Regelung zur leistungsabhängigen Anschlussfähigkeit für Absolventen der Berufsausbildung/Laufbahnbewerber/-innen des mittleren allgemeinen nichttechnischen Verwaltungsdienstes und Bereitstellung betrieblicher Ausbildungsplätze ab 2007 in der Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: DS0326/06
-

Herr Bromberg stellt die Drucksache zur Abstimmung.

Die Drucksache wird dem Stadtrat mit 9 – 0 – 0 zur Beschlussfassung empfohlen.

- 6.2. Priorisierung Investitionsplanung -Tageseinrichtungen für Kinder
Vorlage: DS0274/06
-

Herr Dr. Gottschalk informiert die Stadträte über die Abstimmungsergebnisse im JHA und StBV. Beide Ausschüsse haben zur Drucksache jeweils einen Änderungsantrag formuliert. Bezüglich des Änderungsantrages des JHA macht er darauf aufmerksam, dass dieser finanzielle Auswirkungen hat, da damit auch Spenden als Eigenmittel angerechnet werden sollen, was bisher nicht möglich war.

Herr Bromberg macht deutlich, dass es sich bei der vorgelegten Drucksache lediglich um einen Kriterienkatalog handelt, der keine Prioritätensetzung beinhaltet. Demnach ist nicht ersichtlich, in welcher Reihenfolge welche Kindertageseinrichtung saniert werden soll.

Herr Westphal unterstützt die Auffassung von Herrn Bromberg und erinnert daran, dass die Stadträte eigentlich eine Liste haben wollten, aus der hervorgeht, welche Einrichtungen zuerst saniert werden sollen. Somit sind sie mit der jetzigen Drucksache keinen Schritt weitergekommen.

Herr Stern vertritt die Ansicht, dass die Auflistung der einzelnen Kriterien durchaus akzeptabel ist, da eine konkrete Festschreibung einer Sanierungsreihenfolge der einzelnen Einrichtungen für ihn als wenig sinnvoll erscheint. Für ihn ist es allerdings wichtig, dass auch in den Randbereichen ausreichend Kindertageseinrichtung zur Verfügung stehen.

Herr Meinecke erklärt, dass es sich bei der Aufstellung des Kriterienkataloges lediglich um einen ersten Schritt handeln kann, der dann in einem zweiten Schritt durch eine Rangliste der Kindertageseinrichtungen ergänzt werden muss.

Herr Bromberg möchte eine kurze Erläuterung zur Standortpriorität I.

Herr Dr. Gottschalk verweist hier auf die DS0560/05 – Infrastrukturplanung Tageseinrichtungen für Kinder, in der die einzelnen Standortprioritäten erläutert sind. In diesem Zuge erläutert er auch, dass mit den freien Trägern im letzten Jahr drei Workshops durchgeführt wurden und in diesem Jahr die abschließende Diskussion erfolgt ist.

Zusammenfassend stellt **Herr Westphal** fest, dass es sich bei der Drucksache also um eine Regelung zu Verfahrensfragen und nicht um eine Prioritätensetzung für konkrete Einrichtungen handelt.

Herr Bromberg stellt die Drucksache zur Abstimmung.

Die Drucksache wird dem Stadtrat mit 8 – 0 – 1 zur Beschlussfassung empfohlen.

- 6.3. Neufassung der Eigenbetriebssatzung "Städtische Seniorenwohnanlage und Pflegeheime" vom 08. Dezember 1998 (Amtsblatt 88/1998) in der Fassung der 1. Änderungssatzung vom 06. Juni 2000 (Amtsblatt 67/2000) sowie der 2. Änderungssatzung vom 27. Dezember 2001 (Amtsblatt 162/2001)
Vorlage: DS0287/06
-

Da mit der Drucksache keine finanziellen Auswirkungen verbunden sind, sieht der FG hier keine Notwendigkeit für eine Beratung zur Drucksache.

Die Drucksache wird somit lediglich zur Kenntnis genommen.

- 6.4. Jahresabschluss 2005 der Magdeburger Hafen GmbH (MHG)
Vorlage: DS0314/06
-

Herr Schindehütte bittet um Auskunft, wer als Gesellschaftervertreterin der Landeshauptstadt Magdeburg in der Gesellschafterversammlung auftritt.

Frau Brennecke erläutert, dass es sich dabei um Frau Marxmeier aus dem Dezernat III handelt.

Die Drucksache wird dem Stadtrat mit 9 – 0 – 0 zur Beschlussfassung empfohlen.

- 6.5. Magdeburger Verkehrsbetriebe GmbH
Jahresabschluss zum 31.12.2005
Vorlage: DS0317/06
-

Herr Bromberg hebt positiv hervor, dass sich aus der Drucksache eine positive Aufwandsentwicklung und ein verbesserter Kostendeckungsgrad ablesen lässt. Im Hinblick auf die Erneuerung der Busflotte bittet er um Auskunft, ob sich daraus dann ggf. eine negative Entwicklung für die Folgejahre ergeben kann.

Nach Auffassung von **Frau Obenauf** ist aufgrund der hohen Reparaturkosten (z.B. durch Getriebeschäden), die mit der veralteten Busflotte zusammenhängen, in den Folgejahren bei einer Erneuerung der Busflotte eher mit einem positiven Effekt zu rechnen.

Herr Stern erläutert, dass auf Seite 6 der Anlage 7 Risiken aus den aktuellen Entwicklungen und Diskussionen in den USA bezüglich US-Cross-Border-Leasing angesprochen werden. Seiner Auffassung nach haben Änderungen im amerikanischen Steuerrecht keine Risiken für den anderen Vertragspartner zur Folge. Aus diesem Grund bittet er um Erläuterung, warum an dieser Stelle von Risiken gesprochen wird.

Herr Zimmermann erklärt, dass die amerikanischen Vertragspartner aufgrund der dortigen Entwicklungen in letzter Zeit verstärkt bestrebt sind, einen Austritt aus den Verträgen zu erkämpfen. Die hier bestehenden Verträge seien davon aber nicht betroffen. Der Deutsche Städtetag empfiehlt aus diesem Blickwinkel heraus ein Vertragscontrolling aufzubauen.

Herr Schindehütte stellt nochmals klar, dass der Vertragspartner in diesem Fall aber nicht die MVB GmbH direkt sondern eine Bank sei.

Die Drucksache wird dem Stadtrat mit 9 – 0 – 0 zur Beschlussfassung empfohlen.

- 6.6. Zukünftige strategische Ausrichtung und Weiterentwicklung des Zoologischen Gartens Magdeburg und damit verbundene Überführung in die Zoologischer Garten Magdeburg GmbH (ZGM) unter gesellschaftsrechtlicher und finanzieller Mitbeteiligung des regionalen Umlandes.
Vorlage: DS0277/06
 - 6.6.1. Zukünftige strategische Ausrichtung und Weiterentwicklung des Zoologischen Gartens Magdeburg und damit verbundene Überführung in die Zoologischer Garten Magdeburg GmbH (ZGM) unter gesellschaftsrechtlicher und finanzieller Mitbeteiligung des regionalen Umlandes.
Vorlage: DS0277/06/1
 - 6.6.2. Zukünftige strategische Ausrichtung und Weiterentwicklung des Zoologischen Gartens Magdeburg und damit verbundene Überführung in die Zoologischer Garten Magdeburg GmbH (ZGM) unter gesellschaftsrechtlicher und finanzieller Mitbeteiligung des regionalen Umlandes.
Vorlage: DS0277/06/2
 - 6.6.3. Zukünftige strategische Ausrichtung und Weiterentwicklung des Zoologischen Gartens Magdeburg und damit verbundene Überführung in die Zoologischer Garten Magdeburg GmbH (ZGM) unter gesellschaftsrechtlicher und finanzieller Mitbeteiligung des regionalen Umlandes.
Vorlage: DS0277/06/3
 - 6.6.4. Zukünftige strategische Ausrichtung und Weiterentwicklung des Zoologischen Gartens Magdeburg und damit verbundene Überführung in die Zoologischer Garten Magdeburg GmbH (ZGM) unter gesellschaftsrechtlicher und finanzieller Mitbeteiligung des regionalen Umlandes.
Vorlage: DS0277/06/4
-

- 6.6.5. Zukünftige strategische Ausrichtung und Weiterentwicklung des Zoologischen Gartens Magdeburg und damit verbundene Überführung in die Zoologischer Garten Magdeburg GmbH (ZGM) unter gesellschaftsrechtlicher und finanzieller Mitbeteiligung des regionalen Umlandes.
Vorlage: DS0277/06/5
- 6.6.6. Zukünftige strategische Ausrichtung und Weiterentwicklung des Zoologischen Gartens Magdeburg und damit verbundene Überführung in die Zoologischer Garten Magdeburg GmbH (ZGM) unter gesellschaftsrechtlicher und finanzieller Mitbeteiligung des regionalen Umlandes.
Vorlage: DS0277/06/6
- 6.6.7. Zukünftige strategische Ausrichtung und Weiterentwicklung des Zoologischen Gartens Magdeburg und damit verbundene Überführung in die Zoologischer Garten Magdeburg GmbH (ZGM) unter gesellschaftsrechtlicher und finanzieller Mitbeteiligung des regionalen Umlandes.
Vorlage: DS0277/06/7
- 6.6.8. Zukünftige strategische Ausrichtung und Weiterentwicklung des Zoologischen Gartens Magdeburg und damit verbundene Überführung in die Zoologischer Garten Magdeburg GmbH (ZGM) unter gesellschaftsrechtlicher und finanzieller Mitbeteiligung des regionalen Umlandes.
Vorlage: DS0277/06/8
-

Herr Bromberg ist der Auffassung, dass die geplante Erhöhung der Besucherzahl um 70.000 die entstehenden Mehrkosten für die Flächenerweiterung und die Personalkostenerhöhungen kaum vollständig decken kann, seiner Berechnung nach wäre eine Steigerung von 100 bis 120-tausend Besuchern erforderlich.

Herr Dr. Perret führt aus, dass für das Jahr 2013 eine Eintrittspreisenerhöhung für die Erwachsenenkarte von 5,00 EUR auf 9,50 EUR geplant sei. Im übrigen müssen auch die erzielbaren Erlöse aus dem Zooshop und dem Parkplatz berücksichtigt werden. Grundsätzlich muss er jedoch darauf hinweisen, dass ohne die jährliche Zahlung des Mitgesellschafters Barleben i.H.v. 300.000 EUR eine entsprechende Umsetzung nicht möglich ist.

Herr Wilke ergänzt diesbezüglich, dass das Zahlenwerk noch Liquiditätsreserven beinhaltet.

Herr Stern merkt an, dass die geplanten Investitionen von 20 Mio. EUR auf Werten des Zoos basieren. So sei u. a. die Sanierung des Menschenaffenhauses im Jahr 2009 ausgewiesen, was er aufgrund der Probleme in der Vergangenheit für kritisch erachtet. Dies lässt seiner Auffassung nach Zweifel an der Seriosität der gesamten Planung aufkommen.

Herr Dr. Perret erläutert, dass die Zahlen aus unterschiedlichen Planungsstufen stammen. Wobei u. a. auch die Ergebnisse aus dem Architektenwettbewerb und den Machbarkeitsstudien zum Dickhäuterhaus eingeflossen sind.

Herr Bromberg merkt an, dass der Bürgschaftsrahmen in der jetzigen Haushaltssituation sehr eng bemessen ist, so dass ggf. auch davon ausgegangen werden muss, dass die Bürgschaft nicht genehmigt wird. Aus diesem Grund bittet er um eine Aussage, wie dann damit umgegangen wird.

Herr Westphal erwidert, dass der Zoo dann eben keine gGmbH wird, sondern weiterhin als Eigenbetrieb bestehen bleibt.

Herr Stern ist der Auffassung, dass dann ggf. einzelne Maßnahmen umgeschichtet werden müssen.

Herr Bromberg fragt nochmals nach, ob die Annahme, dass die Bürgschaft sicher sei, tatsächlich realistisch ist.

Herr Czogalla erwidert, dass sich das Landesverwaltungsamt dazu noch nicht konkret positioniert hat. Bezüglich dem Landesverwaltungsamt wird der Oberbürgermeister im Verwaltungsausschuss am 04. 10. 2006 einige Aussagen machen.

Der Wirtschaftsprüfer des Zoos weist daraufhin, dass es keine Finanzierungszusage der Bank geben wird, wenn die städtische Bürgschaft nicht genehmigt wird.

Herr Westphal möchte wissen, ob die GmbH-Gründung gegenüber dem Landesverwaltungsamt anzeigepflichtig ist.

Herr Czogalla erläutert, dass eine Eigenbetriebsbildung anzeigepflichtig sei. Die Auswirkungen der gGmbH-Gründung auf den Haushalt sind jedoch genehmigungspflichtig.

Herr Dr. Perret macht in diesem Zuge deutlich, dass es die in der Drucksache vorgestellten Modelle und die angedachten Investitionen bei einem Weiterbetrieb als Eigenbetrieb in dieser Form nicht geben kann. Sobald irgendein „Baustein“ nicht in der geplanten Weise realisiert wird, geht die gesamte Rechnung nicht mehr auf.

Mit Blick auf einen möglichen Prozessgewinn zum Menschenaffenhaus möchte **Herr Stern** wissen, was dann passiert.

Herr Dr. Perret erläutert, dass mit Abschluss des Beweissicherungsverfahrens nicht automatisch auch die Regressansprüche geklärt sind. Wenn das Gerichtsverfahren entschieden ist, besteht allerdings die Möglichkeit beispielsweise die Investitionen für den Eingangsbereich weiter nach hinten zu verschieben.

Herr Schoenberner fragt nach, ob die Teilwertabschreibungen für Planungsleistungen aus dem Jahr 2004 auch im Jahr 2005 weitergeführt werden.

Herr Dr. Perret erklärt, dass im Jahr 2005 keine weiteren Teilwertabschreibungen vorgesehen sind.

Herr Schindehütte weist darauf hin, dass die im Austauschblatt zur Drucksache im Beschlussvorschlag zum Punkt 3 gewählte Formulierung „... Die zukünftigen Vertreter der LHS MD in den Gesellschafterorganen der ZGM gGmbH werden angewiesen, dem zuzustimmen.“ fehlerhaft ist. Hier müssen die Worte *in den Gesellschafterorganen* durch die Worte *in der Gesellschafterversammlung* ersetzt werden. (Nachträglicher Hinweis: Mit dem „Austauschblatt zur DS0277/06 wegen redaktioneller Änderung im Beschlusspunkt 3 SR 12.10.06“ wurde diese Änderung eingearbeitet. Das Austauschblatt wurde am 28.09.2006 an alle Stadträte verteilt.)

Herr Stern merkt kritisch an, dass die Prognosen der BBVL und des Zoos bezüglich der Personalkostenerhöhungen von unterschiedlichen prozentualen Steigerungsraten ausgehen, die sich damit widersprechen.

Herr Wilke erklärt, dass davon ausgegangen wird, dass die eigenen Annahmen des Zoos als realistisch einzuschätzen sind.

Herr Dr. Perret erläutert auf Nachfrage, dass die erwähnte Marketingleitungsstelle, die mit 70.000 EUR ausgewiesen ist, nach Einschätzung des Zoos nicht erforderlich ist. Eine entsprechende Besetzung der Stelle sei also nicht geplant.

Herr Bromberg stellt die Drucksache zur Abstimmung.

Die Drucksache wird dem Stadtrat mit 7 – 2 – 0 zur Beschlussfassung empfohlen.

6.7. Bildung des Eigenbetriebes "theater magdeburg"
Vorlage: DS0283/06

Herr Wellemeyer gibt eine kurze Einführung in die Erarbeitung der Drucksache und die damit verfolgten Zielstellungen.

Herr Westphal fragt nach, warum die von ihm geforderte Aufstellung der (ungeprüften) Eröffnungsbilanz bisher nicht vorgelegt werden kann. Bei seiner Forderung ging es ihm insbesondere darum, nachvollziehen zu können, aus welchen Vermögenswerten die geplanten Abschreibungen resultieren.

Herr Ruppert erläutert, dass man als „Ergezziel“ die Eröffnungsbilanz zum 01. 01. 2007 vorliegen haben will, vorher sei dies aber nicht möglich. Eine Vermögensübersicht, aus der die von Herrn Westphal gewünschten Daten hervorgehen, wird an das protokollführende Amt übergeben. Die Kopie dieser Vermögensübersicht wird im Anschluss an die heutige Sitzung an alle Fraktionen versandt.

Herr Stern fragt nach, ob es richtig ist, dass über die Verwendung der Jahresüberschüsse der Stadtrat entscheidet.

Dies wird von **Herr Zimmermann** bejaht. Im übrigen erklärt er, dass eine Übertragung der Jahresüberschüsse nur möglich ist, wenn es hierzu einen Beschluss des Stadtrates gibt.

Frau Meinecke macht darauf aufmerksam, dass die flexiblere Inanspruchnahme von Fremdleistungen durch die Dienstanweisung des Oberbürgermeisters behindert wird. Diesbezüglich empfiehlt sie sich mit dieser Thematik in einer späteren Sitzung nochmals zu befassen.

Herr Franke fragt nach, warum die Beiträge zur Berufsgenossenschaft aus dem Verwaltungshaushalt gezahlt werden.

Herr Zimmermann erklärt, dass die Landeshauptstadt Magdeburg lediglich unter einer Betriebsnummer bei der Berufsgenossenschaft geführt wird. Bei Eigenbetriebsbildung wird dieser Betrag dem Budget des Eigenbetriebes zugerechnet. (Richtigstellung: Die Eigenbetriebe werden ebenfalls unter der Betriebsnummer der Landeshauptstadt Magdeburg geführt, hierzu erfolgt aber eine separate Abrechnung des FB01 gegenüber den Eigenbetrieben. Diese Abrechnungsform ist notwendig, um alle Kosten des Eigenbetriebs über die eigene Buchführung abzubilden.)

Herr Bromberg ist der Auffassung, dass der Zuschuss im Beschlussvorschlag des Punktes 10.1 lediglich für die Jahre 2007 und 2008 festgeschrieben und ab dem Jahr 2009 neu verhandelt werden sollte.

Herr Westphal macht deutlich, dass der Beschluss zum Wirtschaftsplan 2007 ohnehin immer nur für ein Jahr gilt, aus diesem Grund ist er gegen diese Änderung.

Frau Meinecke sieht bei der von Herrn Bromberg vorgeschlagenen Eingrenzung seitens der Stadt die Gefahr, dass dann auch das Land sich veranlasst sieht, in den Folgejahren weniger zu zahlen. Zum jährlichen Beschluss zum Wirtschaftsplan kann neu diskutiert werden.

Herr Löhr sieht ebenfalls die Gefahr, dass das Land dann die Theaterförderung ab dem Jahr 2009 reduziert und hält daher den Änderungsvorschlag ebenfalls für wenig sinnvoll. Zumal mit dem Wirtschaftsplan jedes Jahr neu über die Höhe des Betriebszuschusses ein Beschluss gefasst wird.

Herr Stern macht auf die Ausführungen der GOB Steuerberatungsgesellschaft mbH auf Seite 16 der Anlage 1 aufmerksam, in denen von der Ausnutzung möglicher Synergieeffekte in den Querschnittsbereichen der Verwaltung durch freiwerdende Kapazitäten gesprochen wird. In diesem Zusammenhang wird von notwendigen strukturpolitischen Entscheidungen gesprochen, die auch er in diesem Zusammenhang für notwendig erachtet.

Herr Ruppert erläutert, dass betriebsbedingte Kündigungen nicht ohne Risiken sind. Im übrigen hat sich das Theater entschieden, die Personalkostenabrechnung weiterhin durch den FB01 realisieren zu lassen.

Herr Westphal sieht diese Fragen u. a. auch in Abhängigkeit von den Formulierungen in der Eigenbetriebssatzung. Im übrigen ist aber auch er der Auffassung, dass die Inanspruchnahme von Fremdleistungen nicht unbedingt im Sinne der Stadtverwaltung ist.

Herr Kempchen weist auf den Beschlussvorschlag in Punkt 11 hin, danach wird die Finanzplanung ohnehin nur zur Kenntnis genommen und jährlich neu beschlossen für das Folgejahr.

Herr Becker fragt nach, warum auf Seite 18 des Wirtschaftsplans 2007 ein Jahresgewinn/Jahresverlust von 0 EUR ausgewiesen ist.

Herr Ruppert erläutert, dass die Ausweisung eines Fehlbetrages dem Verfahren mit dem Landesverwaltungsamt nicht sachdienlich wäre. Im übrigen gilt der Haustarifvertrag nur bis zum Jahr 2007, man versuche aber weiterhin mit verdi eine Verlängerung des Haustarifvertrages zu verhandeln. Des Weiteren kann davon ausgegangen werden, dass die Zahlen für das 2007 durchaus realistisch sind und lediglich für die Folgejahre eine Prognose einer möglichen Entwicklung darstellen.

Herr Bromberg stellt im Anschluss an die Diskussion den Änderungsantrag den Beschlussvorschlag in Punkt 10.1 wie folgt zu formulieren:

Die Landeshauptstadt Magdeburg zahlt dem Eigenbetrieb für die Jahre 2007 und 2008 einen jährlichen Zuschuss (Theaterbudget) zur laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von 13.373.300 EUR (HHST. 1.33100.715000.4).

Der Änderungsantrag wird mit 1 – 8 – 0 abgelehnt.

Herr Bromberg stellt die Drucksache zur Abstimmung.

Die Drucksache wird dem Stadtrat mit 6 – 0 – 3 zur Beschlussfassung empfohlen.

- 6.8. Bildung des Eigenbetriebes "Puppentheater der Stadt Magdeburg"
Vorlage: DS0279/06
 - 6.8.1. Bildung des Eigenbetriebes "Puppentheater der Stadt Magdeburg"
Vorlage: DS0279/06/1
-

Herr Kempchen gibt eine kurze Einführung in die Erarbeitung der Drucksache und hebt dabei die Vorteile einer Eigenbetriebsbildung hervor.

Herr Bromberg stellt die Drucksache im Anschluss zur Abstimmung.

Die Drucksache wird dem Stadtrat mit 7 – 0 – 2 zur Beschlussfassung empfohlen.

- 6.9. Bildung des Eigenbetriebes "Kommunales Gebäudemanagement"
Vorlage: DS0241/06
-

Herr Ulrich gibt eine kurze Einführung in die Erarbeitung der Drucksache und stellt die Vorzüge einer Eigenbetriebsbildung dar.

Auf Nachfrage von **Herrn Westphal**, warum die Variante einer GmbH-Gründung nicht berücksichtigt wurde, führt **Herr Ulrich** u. a. aus, dass von der Landeshauptstadt Magdeburg in diesem Fall Mehrwertsteuer erhoben werden müsste, dies wäre für die Stadt nicht vertretbar gewesen. Da aber auch das Landesverwaltungsamt eine Untersuchung einer GmbH-Gründung empfiehlt, wird man sich damit ggf. nach der Eigenbetriebsbildung nochmals auseinandersetzen.

Herr Ulrich macht deutlich, dass auch in Zukunft weiterhin verschiedene Leistungen der Verwaltung in Anspruch genommen werden (z. B. bei der Personalkostenabrechnung oder bei Rechtsfragen). Diese werden dann im Rahmen einer internen Verrechnung mit der Landeshauptstadt Magdeburg verrechnet. Des Weiteren erläutert er, dass in Zukunft eine Nutzung des Finanzmoduls der Arriba-Software erfolgen soll, da man sich davon eine Verbesserung bei der Aufstellung der Nebenkostenabrechnungen verspricht. Im übrigen weist er daraufhin, dass gestern der Bescheid des Landesverwaltungsamtes eingegangen ist, in dem der Eigenbetriebsgründung zugestimmt wird.

Frau Meinecke fragt nach, woraus die in der Anlage 1 auf Seite 7 angeführte Personalkostenreduzierung um ca. 622.000 EUR resultiert.

Herr Ulrich erläutert, dass es sich dabei um Stellen handelt, die im Jahr 2007 nicht wiederbesetzt werden sollen. Darüber hinaus macht er darauf aufmerksam, dass der Wirtschaftsplan für das Jahr 2007 als verbindlich angesehen werden kann, alle anderen Jahre sind aber auch hier nur Prognosen einer möglichen Entwicklung.

Herr Stern macht deutlich, dass er sich bei den Pfortner- und Hausmeisterdiensten durchaus eine Fremdvergabe der Leistungen vorstellen könnte. Auch das Vorhalten eines Bauhofes hält er nicht für notwendig.

Frau Kobow erläutert, dass gerade bei den Pfortnerdiensten sehr viele Schwerbehindertenarbeitsplätze vorgehalten werden, mit denen die Landeshauptstadt Magdeburg zu einem großen Teil ihre erforderliche Schwerbehindertenquote deckt.

Herr Ulrich ergänzt, dass es sich dabei häufig ohnehin um Mitarbeiter handelt, die aufgrund ihrer Qualifikation und Eignung kaum in anderen Bereichen eingesetzt werden können.

Herr Schindehütte möchte wissen, ob den Kindertageseinrichtungen auch nach der Eigenbetriebsbildung die kostenlose Nutzung der Sporthallen möglich ist. Dies wird von **Herrn Ulrich** bejaht.

Herr Bromberg findet die Darstellung des Zuschusses zur laufenden Geschäftstätigkeit im Beschlussvorschlag Punkt 9.1 für ungünstig, da der eigentliche Zuschuss lediglich den Betriebskostenzuschuss i.H.v. 2.814.400 EUR umfasst. Die restlichen Zahlungen sind seiner Auffassung nach Erträge des Eigenbetriebes, die durch Entgeltzahlungen der Stadt zu decken sind.

Frau Kobow macht darauf aufmerksam, dass aber auch die ATZ-Zahlungen der Stadt bei den Zuschüssen berücksichtigt werden müssen.

Herr Bromberg stellt in diesem Zusammenhang den Änderungsantrag den Beschlussvorschlag in Punkt 9.1 wie folgt zu formulieren:

9.1 Die Landeshauptstadt Magdeburg zahlt dem Eigenbetrieb einen Zuschuss zur laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von 3.019.100,00 €

Dieser setzt sich wie folgt zusammen:

Betriebskostenzuschuss	2.814.400,00 €
------------------------	----------------

Verpflichtungen der LH MD für ATZ-Zahlungen von MA, die noch aktiv sind, deren Verträge jedoch vor dem 1.1.2007 geschlos- sen wurden (sh. Vermögensplan, Einnahmen, Pkt. 11)	204.700,00 €
---	--------------

Darüber hinaus realisiert der Eigenbetrieb über seine Geschäftstätigkeit folgende Erträge:

Nutzungsentgelte Stadt	8.159.000,00 €
------------------------	----------------

Zuweisungen für DK 500, 510	5.173.200,00 €
-----------------------------	----------------

Herr Bromberg stellt den Änderungsantrag zur Abstimmung.

Der Änderungsantrag mit 6 – 0 – 3 angenommen.

Anschließend stellt **Herr Bromberg** die geänderte Drucksache zur Abstimmung.

Die geänderte Drucksache wird dem Stadtrat mit 7 – 0 – 2 zur Beschlussfassung empfohlen.

6.10. Sonstiges - weitere Verfahrensweise zu "Sanierung und Umbau der Stadthalle"

Herr Bromberg erläutert, dass die bisher vorlegten Informationen I0136/06 und I0185/06 zur o. g. Thematik vom FG lediglich zur Kenntnis genommen werden können. Eine Beschlussfassung ist erst nach einer erneuten Einbringung einer Drucksache möglich.

7. Anträge

7.1. Beteiligung von Bürgern an der Haushaltsplanung

Vorlage: A0088/06

7.1.1. Beteiligung von Bürgern an der Haushaltsplanung

7.1.2. Beteiligung von Bürgern an der Haushaltsplanung

Vorlage: S0130/06

Herr Stern führt aus, dass er seinen Antrag im Sinne der Stellungnahme der Verwaltung abändern wird. Über den geänderten Antrag wird dann in der FG-Sitzung am 11. 10. 2006 erneut abgestimmt.

7.2. Verschiedenes

7.2.1. Nochmalige Abstimmung zum Ablauf der Erarbeitung des

Haushaltsplanes 2007 I0105/06

Herr Hartung gibt nochmals eine kurze Erläuterung zu der vorgesehenen Zeitschiene und dem derzeitigen Stand.

Die Information wird von den Stadträten anschließend in der vorliegenden Form bestätigt und zur Kenntnis genommen.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Hans-Dieter Bromberg
Vorsitzende/r

Michaela Paetsch
Schriftführer/in